Bis früh um acht.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

s **Paris**, 3. Juli.

Die Kammer hat nach einer Nachtsitzung, die bis 7½ Uhr morgens dauerte, die Budgetvorlage verabschiedet. Einen breiten Raum nahm in der Diskussion während der Nacht die Verabschiedung des Artikels über die Warenumsatzsteuer ein. **Finanzminister Caillaux versuchte vergeblich die Befreiung des Nahrungsmittelkleinhandels von der Warenumsatzsteuer, welche die Finanzkommission vorgeschlagen hatte, zu verhindern.**

Mit 292 gegen 257 Stimmen wurde die von dem Deputierten Lemire beantragte Abtrennung des Artikels verworfen und nach einer längeren Rede des Präsidenten der Finanzkommission, Vincent-Auriol, der Text der Kommissionsfassung, nach welchem von der Warenumsatzsteuer der Nahrungsmittelverkehr und sämtliche Detailliften bezieht werden, soweit sie nicht mehr als drei Angestellte beschäftigen und es sich nicht um Geschäfte mit Luxusartikeln handelt, angenommen.

Finanzminister Caillaux hatte die Abtrennung des Artikels ebenfalls unterstützt, hatte aber die Vertrauensfrage nicht gestellt. Auch der Senat hatte sich gegen die Befreiung des Nahrungsmittelkleinhandels von der Umsatzsteuer ausgesprochen, da sie ein Defizit von 240 Millionen Franken im Budget herbeiführen würde. Die Kammer vertagte sich darauffin auf Dienstag.

Wie der „Petit Parisien" mitteilt, wird die neue französische wertbeständige Anleihe voraussichtlich am 20. 7. zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Zeichnungsfrist soll etwa bis Ende August laufen.

Heute vormittag findet im Elysée ein Ministerrat statt, in dem der Finanzminister Caillaux Bericht erstatten wird über die Beratungen zur Ausstattung und Auflegung der neuen wertbeständigen Anleihe. Die Morgenpresse läßt voraussehen, daß in diesem Ministerrat endgültige Beschlüsse über die Anleihe gefaßt werden.

Der Turkmenen-Aufstand.

Persische Anklagen gegen Moskau.

Bei den diplomatischen Vertretungen Persiens sind Berichte über die mit dem jüngsten Turkmenenaufstand zusammenhängenden Vorgänge eingelaufen, die im wesentlichen Beschuldigungen gegen die russischen Sowjet-Behörden enthalten. Danach sind von den Russen die Vereinbarungen des russisch-persischen Vertrages in vielen Punkten verletzt worden, ohne daß persische Bemühungen um eine Beilegung bisher Erfolg gehabt hätten. Im einzelnen handelt es sich um Angriffe auf persische Grenzposten, um die Errichtung russischer Posten auf persischem Boden und um die Ableitung des einzigen Wasserlaufs, durch den drei persische Dörfer an der Grenze von Chorassan versorgt werden. Besonders dieser letztere Fall von Vertragsverletzung habe schwere wirtschaftliche und hygienische Nachteile hervorgerufen und zu herzzerreißenden Hilferufen der armen Bewohner der trockengelegten Dörfer an die persische Regierung geführt. **Der Aufstand der Turkmenen von Bedjnourd, die in Stärke von 3000 Mann mit roten Fahnen gegen die persischen Behörden vorgingen und sogar die heilige Stadt Meschhed einzunehmen versuchten, sei unqweifelhaft auf Sowjet-Propaganda zurückzuführen. Auf Beschwerden Teherans ist von Moskau bisher stets in ausweichender und dilatorischer Form geantwortet worden.**

Handelspolitische Verhandlungen Paris-Moskau.

Wie der „Matin" mitteilt, ist der ehemalige französische Handelsminister Raynaldy mit einer bedeutsamen Mission auf handelspolitischem Gebiete für Rußland beauftragt worden. Raynaldy werde dieser Tage nach Moskau abreisen.

Herausgeber der „Wiener Beiträge zur englischen Philologie". Seine Veröffentlichungen bewegen sich hauptsächlich auf dem Gebiet der englischen Sprachgeschichte und Grammatik. Luick veröffentlichte auch Arbeiten aus der englischen Literaturgeschichte, der deutschen Dialektkunde und der Phonetik.

Eckener Ehrenmitglied der Universität Würzburg. Die Universität Würzburg ernannte Dr. Eckener anläßlich eines Vortrages, den der Zeppelinführer über seine Amerikafahrt in Würzburg hielt, zum Ehrenmitglied und verlieh ihm die Ehrenmedaille in Silber.

Walter Gropius' Nachfolger. Schon vor längerer Zeit wurde in der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt, daß der Berliner Architekt Dr. Otto Bartning als Nachfolger von Walter Gropius in der Leitung des von diesem begründeten Weimarer Kunstinstituts in Aussicht genommen sei — des Instituts, dessen kaum mehr vorhandene Fragmente die regierenden Herren in Thüringen, obwohl sie Gropius' Schöpfung zerschlagen haben, munter weiterhin als „Bauhaus" bezeichnen. Wie unser Korrespondent in Weimar mitteilt, ist nunmehr zwischen Bartning und den Vertretern der Thüringer Behörden ein Einverständnis erzielt worden. Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung des Gesamtministeriums, die nächste Woche erwartet wird.

Herriot als Liedersänger. Als der jetzige Kammerpräsident Herriot noch in die Ecole Normale Supérieure in der Rue d'Ulm ging, hatte er eines Tages einen heftigen Strauß mit seinem damaligen Direktor, Herrn Perrot. Herriot hatte in einer kleinen Studentenkneipe „La Guitarre" ein von ihm verfaßtes Lied gesungen, dessen Refrain auf Deutsch ungefähr heißen würde:

Und ging ich in den Reichstag hinein:
Da müßte ich ja aus Herzleide sein!
Na, so dumm!
Dideldidum!"

Der Direktor stellte ihn zur Rede. „Statt daß Sie hier unser Parlament verhöhnenpieln, gehen Sie lieber mal an einem Ihrer freien Tage hinein und sehen Sie sich eine Sitzung an! Sie werden dann mit anderen Ideen wieder herauskommen." „Was!" sagte Herriot. „In diese Bude soll ich gehen? Lieber will ich relegiert werden . . ." Er ist nicht relegiert worden. Und er ist hineingegangen.

Vorträge. Otto Corbach spricht im Freiproletarischen Jugendkartell Berlin im Bund freier sozialistischer Jugend am Mittwoch, den 8. Juli, abends 7.45 Uhr, Wilmersdorf, Pfalzburger Str. 56, I., bei Maas, über „Weltwirtschaftliche Perspektiven".

Kunstnachrichten. Anläßlich des 100. Todestages von Jean Paul am 4. November wird auf dem Schloßplatz in Hof, wo der Dichter lange Jahre gelebt und gearbeitet hat, ein Denkmal enthüllt werden. Es erhält die Form eines Brunnens mit dem Bronzerelief Jean Pauls und wird von Wilhelmer Zanier ausgeführt.

Im Rahmen der Sonderausstellungen Deutscher Verleger bei Reuß u. Pollack ist eine Buchausstellung des Gebr. Paetel-Verlag sowie der Verlagsbuchhandlung C. A. Schweitschke u. S. erstmal worden.

Um die Chinakonferenz.

Der englisch-amerikanische Gegensatz.

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung".

wsch **New York**, 3. Juli.

Kellogg hat einen kürzeren Sommerurlaub nach seiner Heimatstadt St. Paul angetreten und wird nicht vor Ende nächster Woche zurückkehren. Man darf daraus schließen, daß nicht nur in der Schuldenfrage, sondern auch in der chinesischen Frage augenblicklich keine Aenderungen erwartet werden. Englands Ablehnung, baldigst eine chinesische Kommission einzuberufen, wurde in Washington aufgenommen. Man ist offenbar zufrieden mit der Tatsache, daß die amerikanische Bereitschaft die chinesischen Sympathien stärkte, und überläßt England gern die Verantwortung, wenn die Situation wegen Nichtabhaltung solcher Konferenz schlimmer werden sollte.

whe **London**, 3. Juli.

In London berührt der englisch-amerikanische Gegensatz in der Behandlung der Chinafrage sehr unangenehm. Chamberlain hält an seinem starren Standpunkt fest und vertritt folgendes Verfahren gegenüber China: Die Zollkonferenz, die im Washingtoner Abkommen vorgesehen ist, darf erst zusammentreten, wenn in China wieder einigermaßen die Ruhe hergestellt ist. Dieser Konferenz soll es dann überlassen bleiben, ihre Tagesordnung über den vorgesehenen Vertrag hinaus auch auf die Probleme der fremden Niederlassungen in China auszudehnen. Kellogg ist hingegen entschlossen, den berechtigten Forderungen der Chinesen entgegenzukommen, um der bolschewistischen Agitation das Wasser abzugraben und einen Uebergang der nationalistischen Bewegung in China zu einer offenen Revolution gegen alle Fremden zu verhindern. Kellogg hat sich auch auf Grund zahlreicher Auskünfte amerikanischer Amtspersonen, Missionare und Kaufleute davon überzeugt, daß die englische Darstellung der Ereignisse in Ostasien mindestens als stark übertrieben und antichinesisch bezeichnet werden müsse. **Aus diesem Grunde hat Amerika mit Erfolg darauf bestanden, daß die Kommission, die die Ereignisse in Schanghai untersuchen soll, nur aus den Gesandten von Frankreich und Italien und dem amerikanischen Geschäftsträger besteht.** Damit ist von den Großmächten England, das auf scharfe Maßnahmen der Polizei in Schanghai gedrungen hat, und Japan, dessen Staatsangehörige als Besitzer der Baumwollfabriken die verhängnisvollen Streiks veranlaßten, ausdrücklich von einer Beurteilung der Vorgänge in Schanghai ausgeschlossen worden.

Von amerikanischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung bereits seit Wochen von ihrem völkerrechtlichen Sachverständigen den Plan hat studieren lassen, jeziemlich willkürlichen Bestimmungen über die Exterritorialität durch ein neues System zu ersetzen, wonach zwischen der chinesischen Regierung und den Großmächten ein bestimmter Kodex vereinbart wird, der für alle zivilrechtlichen Streitfälle und strafrechtlichen Delikte, an denen Angehörige der Großmächte beteiligt sind, Geltung haben soll. Es ist der Wunsch der amerikanischen Regierung, daß die Anwendung dieses Gesetzes zuerst von gemischten Gerichten, aus Europäern und Chinesen bestehend, und nach einer kurzen Uebergangszeit von den chinesischen Richtern allein, die vorher in solchen gemischten Gerichten ihres Amtes gewaltet haben, erfolge. Auf diese Art und Weise hofft man die volle Rechtssouveränität Chinas herzustellen.

Hier sind Meldungen im Umlauf, wonach der chinesische Gesandte in Washington, Sze, einer der bedeutendsten Juristen Chinas, der amerikanischen Regierung Vorschläge unterbreitet hat, wie die Exterritorialität beseitigt werden könne, ohne die berechtigten Interessen der Europäer in der Anwendung eines ihnen bekannten und ihnen verständlichen Rechts zu beeinträchtigen. Diese Anregung von Sze habe anscheinend den Ausgangspunkt des Auftrages der amerikanischen Regierung an ihren völkerrechtlichen Sachverständigen gebildet.

London, 3. Juli.

Reuter meldet aus Kanton: Hier wurde eine Sechzehnerkommission mit dem Sohne Sun-Yat-Sens als Minister für das Verkehrswesen gebildet, um die nationale Regierung zu übernehmen. Die ausländischen Konsuln, außer dem britischen und dem französischen, waren zu der feierlichen Einführung dieser Regierungskommission eingeladen, haben jedoch daran nicht teilgenommen. Der chinesische Zivilgouverneur hat die kürzlich überreichte Note des französischen Konsuls mit dem Bemerken zurückgesandt, daß es unmöglich sei, die gestellten Bedingungen, u. a. das Verbot von Umzügen längs des Flußufers im Fremdenviertel Schameen, zu erfüllen.

Der Pachtschutz bleibt.

Im Reichstag wurde gestern die Vorlage über die Verlängerung der Pachtschutzordnung in dritter Lesung verabschiedet. Die Entscheidung stand auf des Messers Schneide. Die landwirtschaftlichen Großbesitzer, die die Deutschnationale Partei beherrschen, laufen seit langem gegen die bald nach Kriegsende zum Schutze der Pächter erlassene Verordnung Sturm, die sie als ein „Ueberbleibsel der Zwangswirtschaft" hinstellen.

Im Ausschuß hatten die Regierungsparteien einen starken Abbau der Pachtschutzverordnung durchgesetzt, indem ein Antrag zum Beschluß erhoben war, wonach die jetzt neu geschlossenen Verträge nicht mehr unter die Bestimmungen der Pachtschutzverordnung fallen sollten. Dieser Ausschußantrag wurde gestern im Plenum beseitigt, so daß die bisherigen Bestimmungen in Geltung bleiben. **In namentlicher Abstimmung wurde mit 210 gegen 201 Stimmen bei 10 Enthaltungen die vom Ausschuß beschlossene Einschränkung abgelehnt.** Den Ausschlag gab das Zentrum, von dem ein großer Teil unter Führung des Arbeitsministers, dem sich die Kleinbäuerlichen Abgeordneten angeschlossen hatten, mit den Demokraten und Sozialdemokraten stimmten.

Zweierlei Universitätsgeist.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Tübingen**, 3. Juli.

Bei einer Versammlung der Gewerkschaften, auf der Privatdozent Dr. Gumbel sprechen sollte, wurde die Rede Gumbels durch den „Hochschulring deutscher Art" verhindert. Die dann in dem Vorort Lustnau fortgesetzte Versammlung verlief zunächst ruhig. Bald marschierten aber Studentenmassen an und belagerten das Lokal. Es wurden Fensterscheiben eingeworfen, Schüsse fielen, und schließlich kam es zu einem erbitterten Kampf, wobei es mehrere Verwundete gab.

✱

Immerhin: dieses ist der eine Geist. Die Meinung besteht also nicht zu Unrecht, daß die Universitäten nicht gerade Hochsitze moderner Gesinnung sind. Aber es gibt Ausnahmen. So hängt seit kurzem am schwarzen Brett der Universität Hamburg ein Ukas des Rektors, des Juristen Laun, in dem er dazu Stellung nimmt, daß Studenten Beschäftigung bei Firmen angenommen haben, deren Arbeiter wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten sind. Mit Berufung auf die Disziplinarordnung der Universität weist der Rektor darauf hin, daß jede mehr als achttägige Abwesenheit von der Universität der Erlaubnis des Rektorats bedürfe. Nicht genug mit diesem deutlichen Wink, scheut der bekannte Jurist sich nicht, „seine Meinung" zum Ausdruck zu bringen, daß solche streikbrecherische (so wörtlich am schwarzen Brett!) Arbeit das Ansehen und die Stellung der akademischen Bürger schwer gefährden könne. Auch die Hamburger Studentenschaft scheint modernen Gedanken zuzuneigen. So wendet sich, in Nr. 3 der Hamburger „Universitäts-Zeitung", ein Studierender der Rechtswissenschaft in einem scharf und gut geschriebenen längeren Artikel gegen einen Aufsatz des hiesigen Geographen Professor Passarge, der im vorigen Jahr in derselben Zeitung erschienen war und den Krieg verherrlichte. In diesem Aufsatz begründet der Student zugleich die innere Notwendigkeit pazifistischer Bewegungen. Es ist ein erfreuliches Zeichen beginnender Gesundung auf deutschen Universitäten, daß eine offizielle Studentenzeitschrift solchen sachlichen Diskussionen Raum gibt. In den beiden Vorfällen, die hier erzählt wurden, offenbart sich akademischer Geist, wie er auf die Dauer hin überall wieder zum Durchbruch kommen wird.

Keine Reichsflagge für die Försterei en.

Eine charakteristische Abstimmung fand beim Haushalt der Forstverwaltung im preußischen Landtag statt. Es wurde über einen Antrag entschieden, wonach sämtlichen Oberförstereien und Försterei en die Reichsflagge gehißt werden sollte. Der Antrag, der im Hauptausschuß angenommen war, wurde im Plenum abgelehnt. Gegen ihn stimmten außer den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei auch das Zentrum.

Zusammenbruch des Barmat-Rummel in Sachsen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

b **Dresden**, 3. Juli.

Der sächsische „Barmat-Ausschuß" nahm heute einstimmig einen Antrag der beiden Berichterstatter an, worin festgestellt wird, daß die Geschäfte zwischen der sächsischen Regierung bzw. dem früheren Wirtschaftsminister Schwarz und den Barmats keinerlei Anlaß zu einer Bemängelung geben. Der kommunistische Vertreter enthielt sich der Abstimmung. Ein kommunistischer Antrag, den sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, seines Amtes wegen seiner Vermittlungstätigkeit den Barmats gegenüber zu entheben, wurde gegen die Stimmen des Kommunisten abgelehnt.

Die Kommunisten gegen Stinnes-Kredite.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat beantragt, der Preußischen Staatsbank zu untersagen, den Stinnes-Unternehmungen irgendwelchen Kredit einzuräumen, ferner dahin zu wirken, daß die Stinnes-Unternehmungen enteignet und in Staatsregie und unter Kontrolle der Betriebsräte weitergeführt werden.

Dieser Antrag wurde vom Landtag dem Hauptausschuß überwiesen, der sich voraussichtlich heute damit beschäftigen wird. Die Abschwächung an der gestrigen Börse wird zum Teil auf diesen Antrag zurückgeführt, da man befürchtet, daß die Abwicklung des durch die Staatsbank dem Bankkonsortium zur Stützung der Stinnes-Unternehmungen eingeräumten Lombard-Kredites dadurch beeinflußt werden könnte.

Festsetzung der Gewerbesteuer.

Im Preußischen Landtag wurde gestern der Gesetzentwurf über die Festsetzung der Vorauszahlung auf die Gewerbekapitalsteuer für 1925 und über Aenderungen der Verordnung vom 23. November 1923 über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer in dritter Lesung endgültig angenommen. Nach dem Gesetzentwurf soll für 1925 das Gewerbekapital nach dem Stande vom 31. Dezember 1924 bzw. nach dem Stande am Schluß des im Kalenderjahre 1924 endenden Geschäftsjahres veranlagt werden. Die Bewertung soll nach dem für die Reichsvermögensteuerveranlagung 1924 geltenden Bestimmungen erfolgen.